Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

allein nicht Erstrebenswertes. Der Franzose hingegen formt in erster Linie Sprache als Mitteilung. Deshalb ist er auch der Meister des Gesprächs in dessen weitester und schönster Bedeutung. Die Beschränkung des Deutschen auf Sprache als Ausdruck hat die Folge, daß, wie Hofmannsthal sagt, „unsere höchsten Dichter allein die Sprache sprachgemäß gebrauchen", denn nur sie sind imstande, ein Absolutes (und das ist der reine Ausdruck) zu gestalten. Das Relative der Sprache, die geformte Umgangssprache fehlt uns — ein Abgrund klafft zwischen Volkssprache und Hochsprache. „In den Dialekten deutet der Naturlaut schattenhaft auf hohe Sprachgeburt, in den hohen Denkmälern blickt das Naturhafte durch — in beiden zusammen ist die Nation, aber wie unsicher und zerrissen ist dieser Zustand, wie bedarf es des Schlüssels der Vertrautheit, um einem solchen Volk ins Innere zu dringen!"

Es ist die Zeit da für ein Buch wie dieses. Wir haben es alle nötig, uns auf die unauswechselbaren, schicksalsmäßigen Grundlagen unseres Wesens zu besinnen. Und ich gestehe, noch ganz selten ein Buch getroffen zu haben, das mit so weiser Andacht, so reinem Kampf sich zu den Dingen des Lebens bekannt hätte. Es ist ein Buch, das zu jedem Menschen gehört, dem Wert und Ehre deutscher Sprache sich auch nur ahnungsvoll je enthüllen wollte. Er wird es nicht mehr missen können, denn er wird es immer wieder lesen müssen — mit beobachtender Seele.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Gleichlaufende Entwicklungen. — Vor zehn Jahren. — Nach den Wahlen.

Der Wanderer, der unbekanntes Land durchschreitet, verweilt gerne von Zeit zu Zeit auf einer Anhöhe, um rückwärts den Blick über den schon zurückgelegten, und vorwärts über den noch zurückzulegenden Weg schweifen zu lassen. In solcher Umschau erkennt er die großen Linien der durchwanderten Flußtäler und überschrittenen Bergketten, und diesen allgemeinen Linien folgend, vermag er die mutmaßliche Richtung und die gangbaren Möglichkeiten seiner weiteren Wanderung abzuschätzen. Nicht anders der Politiker, der von Zeit zu Zeit den Kampfplatz der Tagespolitik verlassen und von erhöhtem Standpunkt Umschau halten muß, um zu erkennen, wo er eigentlich steht und welches der zurückgelegte Weg ist und welches der künftige sein kann. Und nicht nur dieses zeitlichen Abstandes bedarf er, sondern auch eines räumlichen. Erst der Vergleich der Schicksale und Entwicklungen anderer Völker und Staaten gewährt ihm Einblick in die Bedingtheit von Schicksal und Entwicklung des eigenen Landes durch ein größeres, allgemeines Geschehen, von dem wir nur Teil und Glied sind.

Kaum ein Land weist so viel Ähnlichkeiten mit der Entwicklung der Schweiz in den letzten Jahrhunderten auf wie Holland. Beide, dieses an der Mündung, jene an den Quellen des Rheines gelegen, sind einst vom Westrand des mittelalterlichen Kaiserreiches deutscher Nation abgebröckelt und haben staatliche Selbständigkeit erlangt. Die Gleichartung ihres Schicksals in den Jahren des Weltkrieges ist überraschend und aufschlußreich. Man vertiefe sich einmal in das vor einigen Jahren im Verlag Perthes in Gotha in deutscher Übersetzung erschienene Buch des Leiters des Instituts für holländische geschichtswissenschaftliche

Veröffentlichungen im Haag, Dr. N. Japikse, „Die Stellung Hollands im Weltkrieg". Von der geistigen Lage Hollands bei Ausbruch des Weltkrieges heißt es da (S. 35):

„Holland wurde durch den Krieg völlig überrascht... Man hatte sich so sehr an die bestehende europäische Lage gewöhnt, daß man glaubte, sie sei für immer festgestellt... Zur Entstehung solcher Vorstellungen trug die Tatsache bei, daß man in Holland die großen internationalen Strömungen nicht so stark miterlebte, als anderswo ... und ihre Gefahr viel zu gering einschätzte... Holland lebte das Leben der Großmächte nur in beschränktem Maße mit."

In der Schweiz war es nicht anders. Gagliardi schreibt in seiner „Geschichte der Schweiz 1848—1926":

„Die jahrzehntelange Sicherheit hatte ein förmliches Sichentwöhnen von der Beschäftigung mit außenpolitischen Angelegenheiten hervorgerufen... Von dem Verflochtenwerden in die großen Weltzusammenhänge besaßen die wenigsten eine Ahnung." Der Weltkrieg traf die Schweiz nicht „in einem entwickelteren Zustand innerer Bereitschaft wie die unmittelbar beteiligten Nationen des Kontinents."

Mit letzterem Satz verallgemeinert allerdings Gagliardi zu sehr. Japikse sieht da richtiger:

„Die belgische Öffentlichkeit hatte einen viel richtigeren Blick für die Entwicklung der Dinge. Belgien hat die großen internationalen Strömungen der neusten Zeit viel intensiver mitgelebt als Holland."

Was da von Belgien im Vergleich zu Holland gesagt wird, könnte man genau so sagen von der welschen Schweiz im Vergleich zur deutschen. In Lausanne und Genf wußte man schon von 1911 an, was Europa bevorstand, weil man dort das Leben der europäischen Großmächte und die von ihnen ausgehenden Strömungen unmittelbar miterlebte. Entsprechend war man auch innerlich auf den Ausbruch des Kampfes und die dabei zu beziehende Stellung vorbereitet.

In klassischer Weise zeigt sich die Gleichgerichtetheit von Holland und der deutschen Schweiz noch einmal bei Kriegsende. Über die Aufnahme des Waffenstillstandes in Holland heißt es bei Japikse (S. 285):

„Holland hatte Grund zur Freude darüber, daß es nun Frieden geben sollte. Trotzdem kam keine eigentlich glückliche Stimmung auf. Man fragte sich mit einiger Besorgnis, was das in den Waffenstillstandsbedingungen sich äußernde harte Auftreten der Alliierten gegen Deutschland eigentlich für Folgen haben sollte? War das nun der Vorbote für den Verständigungsfrieden?"

Ähnlich schildert Dr. Jakob Ruchti in seiner vor kurzem erschienenen „Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914—1918"*) die Lage in der deutschen Schweiz:

„Die unverkennbare Absicht der Sieger, Völker zu knechten, ließ in der Schweiz eine Freude über den Abschluß des Krieges kaum aufkommen."

Ganz anders die welsche Schweiz:

„Anders war die Stimmung in der Westschweiz... Als in Lausanne das Plakat sich entrollte: der Waffenstillstand ist unterzeichnet, erhob sich ein ungeheures Freudengeschrei. Dann zog die Menge vor das französische Konsulat, wo sie die Marseillaise und — die Schweizerhymne sang. Den ganzen Abend

*) Verlag Haupt, Bern, 554 S., Fr. 15. Das Buch, zur Hauptsache schon 1920 niedergeschrieben, ist als Materialsammlung für die gesamten Vorgänge der Kriegsjahre unübertrefflich und unentbehrlich. Wenn es auch, infolge zu geringen Abstandes von den Geschehnissen, kaum eine abschließende und zusammenfassende Beurteilung zu bieten vermag, so sind doch die Einzelurteile sachlich und unvoreingenommen und es zeigt sich in ihnen wie in der ganzen Art der Darstellung eine erfreuliche Selbständigkeit des Verfassers in diesen oft sehr umstrittenen Dingen. Zur Ergänzung und Vertiefung und damit zur Bildung eines abschließenden eigenen Urteils über die Geschichte der Schweiz im Weltkrieg ist das Buch auf alle Fälle wie kein anderes geeignet.

hindurch war die Bewegung und der Enthusiasmus unbeschreiblich" (Ruchti). Die „Gazette de Lausanne" vermerkte dabei mit Bitterkeit, daß „Bern düster bleibe und Zürich sich von der übrigen Schweiz absondere."

Mit dem Hinweis auf diese Haltung der welschen Schweiz ist auch schon der einzige wesentliche Unterschied zwischen der holländischen und der schweizerischen Entwicklung in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aufgezeigt. Trotzdem nach Japikse im Weltkrieg „der alte Gegensatz zwischen germanischen und romanischen Völkern von neuem in schärfster Form in die Erscheinung trat", kam es in Holland, abgesehen von der natürlichen Verschiedenheit der Sympathien für die eine oder die andere Kriegspartei, zu keiner ernsthaften Spaltung innerhalb des Landes. Anders in der Schweiz. Gagliardi schreibt darüber (S. 155):

„Daß die Verschiedenartigkeit der Sympathien mit der Sprachgrenze zusammenfiel, erzeugte bald einen eigentlichen „Graben"... Die zwischen gewissen Teil der germanischen und romanischen Schweiz eintretende Entfremdung gewann sehr ernste Bedeutung."

Wenn es sich dabei lediglich um eine Verschiedenheit der Sympathien gehandelt hätte, wäre das noch kaum von größerer Tragweite gewesen. Es handelte sich aber um eine weitgehende Verschiedenheit des politischen Willens. Die welsche Schweiz trat gewissermaßen als geschlossene außenpolitische Partei auf, die gegen die beim deutschen Landesteil liegende Führung des schweizerischen Staates einen unerbittlichen Kampf führte, in dem die Oberstenaffaire und die Entfernung von Bundesrat Hoffmann aus der obersten Landesbehörde nur einzelne Höhepunkte darstellen. Mit Recht schreibt Ruchti, „daß sich separatistische Gelüste einzelner Landesteile im Sinne des Anschlusses an irgendwelchen Nachbarstaat nie ernstlich ans Tageslicht wagten". Es waren auch solche nie ernstlich vorhanden; am wenigsten in der französischen Schweiz. Was man dort wollte, war bestimmender Einfluß auf die außenpolitische Leitung und die Führung der Armee. Ruchti spricht bei Anlaß der Oberstenaffaire mit Recht von einem von welscher Seite „organisierten und in Szene gesetzten Feldzug gegen die Spitzen der Armee"; und nicht zufällig stellte Ador vor seiner Wahl zum Bundesrat die Bedingung, daß ihm das ständige Politische Departement übertragen werde, eine Bedingung, die er dann allerdings zugunsten der grundsätzlichen Lösung fallen lassen mußte, die der Bundesrat noch vorbeugend am Tage seiner Wahl getroffen hatte und wonach das Politische Departement wieder jährlich seinen Vorsteher wechseln und nur ein Ausschuß für Auswärtiges die Kontinuität wahren sollte.

So weist Ruchtis Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges schon rein äußerlich die Eigentümlichkeit auf, daß sie zu fast einem Drittel eine Geschichte nach Landesteilen ist. Während man in früheren Jahrhunderten etwa eine reformierte und eine katholische Schweiz unterscheiden konnte, bildete sich jetzt unter der Einwirkung der großen europäischen Auseinandersetzung eine französische, eine italienische, eine rätoromanische und eine deutsche Schweiz, wobei allerdings die rätoromanische in den wesentlichsten Anschauungen mit der deutschen, die italienische zur Hauptsache, aber nicht einheitlich, mit der welschen Schweiz einig ging. An dieser neuen Tatsache in der Schweizergeschichte können und dürfen wir nicht achtlos vorbeigehen, auch wenn, unter der Einwirkung wiederum der allgemeinen europäischen Beruhigung und Entspannung, auch bei uns längst wieder eine weitgehende Beruhigung und Entspannung eingetreten ist.

Auf jeden Fall verdankt Holland dem Umstand, daß es keine derartigen Gegensätze aufwies, die Unversehrtheit seines Gebiets- und internationalen Rechtsbestandes von vor dem Krieg, trotzdem es nicht an Versuchen Belgien-Frankreichs fehlte, diesen bei Kriegsende wesentlich zu schmälern. Für Holland gab es keinen Art. 435 des Versailler Vertrages, der wie ein Bleiklotz an der Schweiz hing und ihre außenpolitische Bewegungsfreiheit hemmte und der das ausschließliche Werk des bejubelten Wortführers der welschen Schweiz in der Landesregierung war. Holland hat stets ebenso würdig wie entschieden jeden Anschlag der Siegermächte auf seine nationale Unabhängigkeit und Unversehrtheit zurückgewiesen und damit den Beweis erbracht, daß auch ein kleiner Staat, wenn er nur den

nötigen Willen und die nötige Entschlossenheit dazu hat, sich ehrenvoll in der Welt der Großen behaupten kann.

Der deutschen Schweiz hat ihre Nachgiebigkeit im Jahre 1917 das Rückgrat gebrochen. Sie stand nicht entschlossen genug hinter ihren Vertretern. Müller und Forrer, die später, als der welsche Kurs endgültig überhand nahm, ebenfalls aus dem Bundesrat hinausintriguiert wurden, wußten darüber bewegliche Klage zu führen. Man hat sich in der deutschen Schweiz gerne damit getröstet, die Staatsklugheit habe derartige Konzessionen an die welsche Schweiz verlangt. Noch vom Beitritt zum Völkerbund schreibt Gagliardi, „der Wunsch, dem leidenschaftlich gefühlten Streben der Welschschweizer entgegenzukommen und damit die Landeseinheit zu retten", habe diesen zum guten Teil bewirkt. Das ist aber mehr nur Ausrede. In Wirklichkeit entsprang das Verhalten der deutschen Schweiz einer tiefen inneren Schwäche. Man war sich hier einfach nicht genügend bewußt, um was es ging. Es fehlte der untrügliche Instinkt, daß es sich bei der gewaltigen Auseinandersetzung in Europa letztendlich auch um die eigene Stellung und Geltung im schweizerischen Staat und in der Welt überhaupt handelte. In diesem Sinne hat ja Martin in seiner „Schweizergeschichte" nicht unrecht, wenn er sagt, die welsche Schweiz habe bis zum Ende durchgehalten, weil der Krieg für sie „einen bestimmten Sinn" gehabt habe, im Gegensatz zur deutschen Schweiz, die, innerlich zermürbt wegen ihrer „terriblement" neutralen Einstellung, schließlich von revolutionären Erschütterungen ergriffen worden sei. Nur darf daraus nicht gefolgert werden, daß eine korrekte Neutralität nicht mit einem solchen Bewußtsein vereinbar gewesen wäre. Der schweizerische Staat war entweder neutral, oder er war nicht. Das lag jedem Deutschschweizer im Gefühl, und damit, daß er während vier schweren Jahren die volle Verantwortung dafür trug, hat er, und nicht der Welschschweizer, den schweizerischen Staat „gerettet". Und was die revolutionären Erschütterungen vom Herbst 1918 anbetrifft, so wird deren Sinn und Tragweite eben doch nicht ausgeschöpft durch das Urteil, das die „Gazette de Lausanne" dem Landesstreik vom 12.—15. November in jenen Tagen widmete: „Vergebliche Müh, die Herzen schlagen hoch, cette grève est boche; dieser Streik ist deutsch, das letzte Gift des Tieres," auch wenn die gesamteuropäischen Zusammenhänge dabei richtig gesehen sind.

* * *

Wir haben uns in der Schweiz nicht nur der Beschäftigung mit außenpolitischen Angelegenheiten allzusehr entwöhnt und entsprechend verlernt, die Rückwirkung der gesamteuropäischen Machtlage auf unsere eigene außenpolitische Lage zu ermessen. Wir sind auch gewöhnt, unsere inneren Verhältnisse als etwas losgelöst für sich Bestehendes und einzig durch sich selbst Bedingtes zu betrachten. Gagliardi schreibt an einer Stelle seiner Geschichte der Schweiz:

> „Für ein saturiertes, nach friedlicher Entfaltung strebendes Volkstum und Land stellen außenpolitische Zwischenfälle bloß unerfreuliche Ausnahmen dar; die maßgebenden Wendepunkte gehören der innerpolitischen Wandlung an."

Nun steht aber jede innerpolitische Wandlung, auch wenn sie ausschließlich von einheimischen Kräften getragen wird, im engsten Zusammenhang mit den allgemeinen, macht- und staatspolitischen Verhältnissen in Europa. Kein innerer Vorgang der jüngsten Zeit hat das in helleres Licht gerückt, als der schweizerische Landesstreik vom 12.—15. November 1918, in dessen Beurteilung wir auch heute, trotz eines zehnjährigen Abstandes davon, noch allzusehr durch den politischen Tageskampf und Parteistreit bedingt sind. Ziehen wir zum Vergleich wieder Holland heran.

In Holland war während der Kriegsjahre eine Verfassungsänderung angenommen worden, „für die die Sozialisten nicht mit Unrecht die Ehre für sich in Anspruch nahmen" (Japikse, S. 260). Der Liberalismus von 1848 mußte sich dabei sagen lassen, daß er bisher die Minderheiten nicht genügend berücksichtigt habe (die Reform brachte neben dem allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen zugleich das Verhältniswahlverfahren) und nichts von seiner Macht-

stellung habe aufgeben wollen, was eine Stellungnahme eines Großteils von Mittelstand, Kleinbürgertum, Kleinbauernschaft und der ganzen Arbeiterschaft gegen ihn zur Folge gehabt habe. Auf alle Fälle ergaben die Wahlen vom Juli 1918, „daß die Katholiken und die sozialdemokratische Arbeiterpartei sehr viel stärker geworden sind und daß die liberalen Parteien den stärksten Rückgang zu verzeichnen hatten" (Japikse, S. 268). Die Verfassungsrevision trug indessen ausgesprochenen Stückwerkcharakter. Japikse schreibt darüber (S. 266):

„Die Beschränktheit der Verfassungsrevision von 1917 ist geradezu symbolisch für die Arbeitsweise des holländischen Parlaments während der letzten 20 Jahre. Nie wird gesetzgeberische Arbeit im großen geleistet, sondern man begnügt sich mit Fragmenten, einmal aus dieser, dann aus jener Materie."

In dieser Verfassung traf Holland der Zusammenbruch der Mittelmächte.

„Der Sturz der Dynastien Mitteleuropas machte auf die Phantasie der Menschheit einen gewaltigen Eindruck... Kein Wunder, daß die revolutionär-sozialistische Springflut, die im Herbst 1918 über Mitteleuropa hinwegging, an den Grenzen Hollands nicht stillstand" (Japikse, S. 295).

Aber nun herrschten im Augenblick in Europa ganz besondere Verhältnisse.

„Die Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 hatten ganz Europa erschüttert. Nun sah es jedoch ganz anders aus als damals... Diesmal war Europa zum Unterschied gegen frühere Revolutionen, scharf in zwei Lager geteilt... Die soziale Revolution, die in den Ländern der Zentralmächte alles mit sich fortriß, hatte in Frankreich, Belgien und Italien wenig oder keine Aussichten, einfach deswegen, weil Deutschland den Ton angab" (S. 295).

Für Holland lagen die Dinge anders:

„Hier konnte die beginnende soziale Revolution, woher sie auch kommen mochte, ihre Anziehungskraft ungehindert ausüben... Aber die Tatsache, daß das übrige Westeuropa nicht mittat und bei der deutsche Revolution nur den Zuschauer spielte, machte diesen Versuch von Anfang an zu einem vermessenen Unternehmen" (S. 295).

Trotz des begeisternden Schwunges, der in dem Gedanken liegt, auf einen Schlag eine großzügige Verfassungs- und Gesetzgebungsarbeit zu leisten, die auf dem Weg der parlamentarischen Erledigung nur äußerst mühsam oder wahrscheinlich gar nie, zum mindesten nie in einfachen, klaren Formen geleistet werden kann, blieb es in Holland bei der Ankündigung der Revolution im Parlament und in Volksversammlungen. Als die Regierung am 13. November in einer Proklamation ihre Entschlossenheit, Autorität und Ordnung gegenüber den Machtplänen einer Minderheit aufrecht zu erhalten, bekundet und entsprechend eine Verstärkung der Garnisonen in den großen Städten angeordnet hatte, und sich das Landheer als fest in ihren Händen erwies, war es mit der Revolution bereits zu Ende. Trotzdem blieb den „Revolutionären" und ihrem Programm, das u. a. die (praktische) Einführung des Frauenstimmrechts, die Abschaffung der ersten Kammer, die Deckung der Kriegskosten durch Abgaben von Großkapital und Großgrundbesitz, die Sozialisierung der dafür reifen Betriebe, die Besserstellung der Kleinbauern und die Einführung des Achtstundentages vorsah, ein gewisser Erfolg nicht versagt:

„Die Wirkung des (revolutionären) Auftretens der Sozialisten war eine doppelte, einmal die Erkenntnis bei den bürgerlichen Parteien, daß Reformen nötig seien, ferner eine starke Bewegung gegen die Sozialisten (S. 303)... Die versprochenen Reformen sind Tatsache geworden. Das Frauenstimmrecht wurde angenommen. Eine Verfassungs-Revisionskommission ist konstituiert. Der Achtstundentag ist gesetzlich festgelegt. Die Sozialgesetzgebung in Angriff genommen" (S. 315).

Aus der gleichen Lage am Westrand Mitteleuropas entsteht für die Schweiz auch in diesem Zeitabschnitt eine weitgehend gleichlaufende Entwicklung, wie sie Holland gehabt hat, mit dem Unterschied nur wieder, daß die welsche Schweiz ihre eigenen Wege, bezw. diejenigen Westeuropas geht. Der am 12. November

ausbrechende und drei Tage dauernde allgemeine Landesstreik bleibt auf die deutsche Schweiz beschränkt. Er überschreitet die Saane nicht. Im übrigen war aber auch bei uns genau wie in Holland ein in Anlehnung an die deutsche Revolution unternommener revolutionärer Versuch angesichts der Tatsache, daß Westeuropa davon nichts wissen wollte, nicht nur ein vermessenes, sondern auch aussichtsloses Unternehmen. Das Gerücht, daß die alliierten Mächte Truppen bereit gestellt hätten zum Einmarsch in die Schweiz für den Fall, daß die schweizerische Regierung der revolutionären Bewegung nicht selbst Meister werden sollte, enthält auf jeden Fall ein Stück Wahrheit. Die Schweiz mußte außerhalb der mitteleuropäisch-deutschen Entwicklung gehalten werden. Ein revolutionäres Regiment wäre von der neuen Festlandsvormacht Frankreich auf ihrem Boden nicht geduldet worden.

An geistiger Begründung hätte es an sich einer revolutionären Bewegung in der Schweiz bei Kriegsende nicht gefehlt. Gagliardi beklagt bei Schilderung der Verhältnisse vor dem Krieg „das Fehlen wirklicher Leidenschaft und Tiefe" in unserm geistigen und politischen Leben, und fährt dann fort (S. 148):

„Die Gefahr des Erstarrens in einem unbegründeten Gefühl der Sicherheit; die alte Neigung zur Selbstgefälligkeit und Überhebung, zur Stagnation und zum Stillestehen; die Möglichkeiten moralischer und geistiger Verfettung sind in den langen Jahren des Friedens mehr wie einmal an diesen auf sich selber zurückgewiesenen Kleinstaat herangetreten." „Die Entwicklung der innerpolitischen Einrichtungen war zu einem gewissen Abschluß gebracht... Für die Gegenwart ist eine gewisse Problemlosigkeit kennzeichnend."

Das wurde während des Krieges, besonders gegen dessen Ende, anders. Jetzt fehlte es nicht mehr an Problemen. Die Sozialdemokratie klagte die herrschende Freisinnspartei, genau wie in Holland, der politischen Vergewaltigung durch das Mehrheitswahlsystem an und warf ihr Ausschließlichkeit und Protektionswesen vor. Das Mißverhältnis zwischen Müßiggang und Gewinn auf der einen, und Arbeit und Lohn auf der andern Seite wirkte aufreizend auf die breiten Volksmassen. Eine tiefgehende Unzufriedenheit herrschte über die Wirtschaftspolitik des Bundes.

„Dazu kam — wie Ruchti in seiner Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges, S. 471, schreibt — noch ein anderes Moment: Es muß eine Gesellschaftsklasse auf das höchste erbittern, wenn sie sieht, wie eine andere ihre materiellen Forderungen, nötigenfalls unter Drohungen, bei der Regierung durchsetzt, während sie selber, um etwas zu erreichen, zum stärksten Druckmittel, zur Niederlegung der Arbeit, greifen muß, was ihr notwendig die Antipathie der übrigen Volksschichten einträgt. Eine konstante derartige Praxis könnte den Anschein erwecken, die Regierung bediene sich des einen Volksteiles, um sich bei den übrigen in Gunst zu setzen; sie zwinge den einen zu Aktionen, die ihn bei den andern diskreditieren, sie halte sich eine ihr unbequeme Opposition vom Halse, indem sie dieselbe dem Zorn der Volksmehrheit aussetzt."

Das Programm der „Aufständischen" vom 12. November, das übrigens manchen gleichen Punkt enthält wie dasjenige der holländischen „Revolutionäre", nahm auf einige dieser Mißstände Bezug und verlangte auf staatspolitischem Gebiet Umbildung der bestehenden Landesregierung, sofortige Neuwahl des Nationalrates nach dem Verhältniswahlverfahren — das gerade vier Wochen vorher vom Volk trotz dem Antrag der Bundesversammlung auf Verwerfung, mit großem Volks- und Ständemehr angenommen worden war — und das Frauenstimmrecht; wirtschafts- und finanzpolitisch wurde gefordert: Staatsmonopol für Ein- und Ausfuhr, Heranziehung des Besitzes zur Deckung der Staatsschulden, der Landwirtschaft zur Lebensmittelversorgung; sozialpolitisch: allgemeine Arbeitspflicht, 48-Stundenwoche und Alters- und Invaliditätsversicherung. Man merkt diesem Programm an, daß es zustandekam, wie der Landesstreik selbst: in der Eile. Auf den Tagesgebrauch zugeschnitten, fehlte ihm jedes geistige Ausmaß. Um eine solche Fahne konnte man nicht „alle sozial gesinnten Bürger" scharen. Gewiß war damals eine große Volksmehrheit mit

den bestehenden Zuständen und Machtverhältnissen unzufrieden. Das hatte die Abstimmung vom 13. Oktober über die Verhältniswahl gezeigt, an der keine 150,000 Stimmberechtigte und nur 2½ Stände der Verwerfungsparole der im Nationalrat noch über 100 Sitze verfügenden Freisinnigen Partei gefolgt waren. Man wollte vorwärts. Aber nicht auf die Weise der sozialdemokratischen Parteiführer. Hier lag der große Rechnungsfehler der Mitglieder des Oltener Aktionskomitees: sie glaubten die Massen hinter sich zu haben. Und sie hatten niemand hinter sich. Der Zeitpunkt war richtig gewählt. Aber aus dem Umstand, daß breite Volksmassen sich gerne ihre Interessen durch sozialistische Unternehmungs- und Tatkraft verfechten lassen, darf nicht gefolgert werden, daß sie an ein Entsprechen ihrer Interessenwahrung mit marxistischer Herrschaft glauben. Der Volksinstinkt geht hier ziemlich sicher. Das war in Deutschlans etwas anderes. Dort hatte die Revolution unvermeidlich seelischen Zusammenbruchs- und Erschöpfungscharakter. Im übrigen hätte eine vorübergehende sozialistische Herrschaft bei uns genau so wenig zu russischen Verhältnissen geführt, wie in Deutschland. Und die Sozialisten hätten mit ihrer Macht im Grunde ebenfalls nichts anzufangen gewußt, wie sie es in Deutschland nicht wußten. Die Revolution endete in Deutschland ja auch in einer zur Hauptsache liberalistischen Verfassung, die die großen staats- und verfassungspolitischen Fragen, vor die uns die Gegenwart stellt und um deren Lösung der Sozialismus doch irgendwie ringt, der Zukunft aufbehalten hat.

Für Gagliardi „vertritt der Generalstreik für die Schweiz gewissermaßen die Stelle der Spartakistenkämpfe in Deutschland", und die Gesamtlage bei Kriegsende hätte Ähnlichkeit gehabt mit derjenigen nach dem Dreißigjährigen Krieg. Dem letzteren kann man zustimmen, sofern man in der Bauernerhebung nach dem Dreißigjährigen Krieg eine Bewegung auch mit allgemeinen politischen Zielen erblicken will. Denn auch die revolutionäre Bewegung, wie sie im Landesstreik vom 12.—15. November gipfelte, war in ihren letzten Beweggründen mehr wie nur ein aus den augenblicklichen Nöten einer Volksschicht entstandener Aufstand. Gagliardi anerkennt ihre politische Tragweite selbst, wenn er schreibt (S. 167):

> „Der Sieg des Proportionalwahlverfahrens für den Nationalrat steht mit jener Massendemonstration (des Generalstreiks) so gut im Zusammenhang, wie die spätere Erklärung der 48-Stundenwoche oder die Wiederaufnahme der Bestrebungen für eine Alters- und Invalidenversicherung."

Auf jeden Fall aber ist der Landesstreik vom November 1918 ein Markstein in unserer Geschichte, und wäre es auch nur, daß in ihm eine Gegenbewegung ihren Ausgangspunkt nimmt, die in den seither verflossenen zehn Jahren die schweizerische Politik im Innern und nach außen ausschlaggebend beherrscht hat und unter deren Zeichen soeben auch die Wahlen zur Bundesversammlung wieder geführt worden sind.

* * *

Über Sinn und Bedeutung des Ergebnisses der Nationalratswahlen vom 28. Oktober gibt nachfolgender Vergleich über die Zusammensetzung des Nationalrates in den Jahren 1917, 1919 und 1928 Auskunft, wobei zu beachten ist, daß 1919 der Nationalrat aus 189 Vertretern bestand, während es deren heute 198 sind, bei den Zahlen von 1928 also zum Vergleichszweck ein verhältnismäßiger Abzug vorgenommen werden muß. Zu den Zahlen von 1928 setzen wir in Klammer, wie viel davon aus der romanischen Schweiz stammen. Der Nationalrat setzte sich u. a. zusammen:

Parteien	1917	1919	1928
Freisinnige	101	61	58 (21 = 36%)
Sozialisten	20	41	50 (12 = 24%)
Bauern	—	28	31 (2 = 6%)
Katholiken	40	41	46 (11 = 24%)

Aus diesem Vergleich ergibt sich, daß es sich bei den zum ersten Mal nach dem Verhältniswahlverfahren vorgenommenen Wahlen von 1919 nicht um

ein Zufallsergebnis handelte. Die Hauptparteien haben ihre damaligen Stärken durch drei weitere Wahlgänge bis heute gehalten. Es ist das, was wir in unserer letzten Umschau eine Erstarrung der Kampffronten nannten.

Ziehen wir zum Vergleich weiter die Vertreterzahl der Parteien, sowie der Sprachgruppen im Bundesrat in den entsprechenden Jahren *) herbei. Von den sieben Mitgliedern des Bundesrates waren:

	1917	1919	1928
Freisinnige	6	5	5
Sozialisten	0	0	0
Bauern	0	0	0
Katholiken	1	2	2
Deutschschweizer	5	4	4
Romanen	2	3	3

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß in der sog. „ausführenden" Behörde seit 1917 sich wohl der romanische Einfluß (in unverhältnismäßiger) und seit 1919 der katholische Einfluß in verhältnismäßiger Weise zur Geltung gebracht hat. Die übrige große Wandlung in den Parteistärken von vor neun Jahren ist spurlos an ihr vorbeigegangen.

Dazu kommt, daß das Wesentliche der Wandlung von 1919 in den Zahlen allein nicht Ausdruck findet. Gagliardi schreibt:

„Ursprüngliche Berufsorganisationen haben sich nach Einführung des Proporzes zu eigentlichen Parteien zusammengeschlossen... Die eidgenössischen Kammern scheinen gelegentlich zum bloßen Bestätigungsapparat hinunterzusinken."

Schon die Erteilung unbeschränkter, auch gesetzgeberischer Vollmachten an die ausführende Behörde bei Kriegsausbruch minderte die Bedeutung des Parlaments stark herab. Die Verhältniswahl mit der Zerstörung einer absoluten Mehrheitspartei bedeutete einen weitern Schritt in dieser Entwicklung der Volksvertretung zum bloß bestätigenden Organ, an deren Ende zweifellos die aus Vertretern von Berufsschichten und Interessengruppen zusammengesetzte Behörde mit ausschließlich beratendem Charakter steht.

Genau wie das Parlament hat aber auch die Regierung seit fünfzehn Jahren ihren Charakter weitgehend geändert.

„Der Bundesrat — heißt es bei Gagliardi — erscheint heute weit weniger wie einstmals auf die Funktion des bloßen Verwaltens beschränkt: doch steht er dafür mit dem Arbeitsleben des Volkes nach wie vor nur in indirekter Verbindung... Er kann auf das Arbeitsleben des Volkes nur durch den Mechanismus seiner Beamtenschaft wirken... Der moderne Wohlfahrtsstaat wird genau so geeignet, persönliche Initiative und Leistung lahmzulegen, wie das Polizeiregime des 17. und 18. Jahrhunderts."

Anderseits wird es

„der zielbewußt geleiteten Exekutive (durch die Parteizersplitterung infolge der Verhältniswahl) mehr wie früher möglich, die einzelnen Gruppen und Bevölkerungsklassen gegeneinander auszuspielen."

Mit andern Worten: die Staatsspitze gewinnt immer mehr Machtbefugnisse. Da aber im Parlament, dem sie verfassungsmäßig verantwortlich sein und von dem sie die Richtlinien ihrer Tätigkeit empfangen sollte, kein sicherer Mehrheitswille vorhanden ist, der Richtlinien zu erteilen in der Lage wäre, erliegt sie, und sofern sie nicht in sich geschlossen ist, erliegen ihre einzelnen Mitglieder der Versuchung, eine selbstherrliche Politik zu betreiben und sich durch Ausspielen der einzelnen Gruppen in Parlament und Volk gegeneinander an der Herrschaft zu halten.

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat uns anläßlich des Wahlkampfes wegen unserer, in der letzten „Umschau" getanen Äußerungen, die Sozialdemokratie sei heute das Salz in unserm Staatsleben und augenblicklich neben Bauern- und

*) Beim Jahr 1917 ist dabei das Verhältnis in der Mitte des Jahres genommen, d. h. bevor Hoffmann durch Ador ersetzt wurde.

Angestelltenschaft das einzige Element, das sich politisch nicht auf die Nutznießung des Bestehenden beschränke, des „bürgerlichen Defaitismus" geziehen. Auch das freisinnige Parteisekretariat in Bern hat uns in seinem Pressedienst „schiefes Urteil" und „Mangel an Sachkenntnis" vorgeworfen, weil wir im Wahlaufruf der freisinnig-demokratischen Partei außer dem angekündigten Ausbau des Arbeitsrechtes nichts Wesentliches zu finden vermochten, was nicht schon verwirklicht oder in Verwirklichung begriffen ist. Wir nehmen den Vorwurf des „bürgerlichen Defaitismus" gerne auf uns, antworten aber darauf, daß eine „bürgerliche" Politik, deren wesentlicher Inhalt seit neun Jahren in geflissentlichem Übersehen der neuen inneren Verhältnisse und in mangelndem Willen besteht, diesen verfassungsmäßige Berücksichtigung und verfassungsmäßigen Ausdruck zuteil werden zu lassen, Defaitismus am schweizerischen Staat und Volk begeht. Wer anders soll denn gegenüber den föderalistischen Bestrebungen und außenpolitischen Sonderzielen der Sprachminderheiten und den teilweise stark konfessionell bedingten Richtungen des katholischen Volksteiles, dem schweizerischen Staat ein gesundes Fortschreiten auf den Grundlagen von 1848 und 1874 gewährleisten, wenn nicht die Bürger, Arbeiter und Bauern der industrie- und verkehrsreichen Mittelland-Kantone, mit einem Wort: das ehemalige Parteivolk der freisinnig-demokratischen Partei? Wenn aber die Führung des an sich berufensten Teiles dieses Volkes der Mittellandkantone, des freisinnigen Bürgertums, versagt, wenn der seit Jahrzehnten ausschlaggebende Rechtsflügel des Freisinns, nur um von seiner gesellschaftlichen und politischen Machtstellung nichts aufgeben zu müssen, das Staatsleben völligem Stillstand anheimgibt und lieber mit den föderalistischen Kräften und dem Ausland paktiert; wollen wir da nicht froh sein, daß es politische Parteien in unserm Staat gibt, deren bloßes Dasein schon zur Beschäftigung mit Politik und Staat zwingt. Wie anders wäre es gekommen, wenn im ausgehenden 18. Jahrhundert nicht bloß eine schwärmerische Helvetische Gesellschaft, sondern auch eine organisierte politische Macht die Erneuerung des erstarrten, in erster Linie dem Wohlergehen der gnädigen Herrn und Oberen dienenden Staatswesens, gewollt und gefordert hätte? Denn freiwillig haben die Oligarchien und Aristokratien der alten Eidgenossenschaft kein Stück ihrer bevorzugten Stellung an ihre Mitbürger der unteren Schichten von Stadt und Land abgegeben. Kampf mit dem Richtschwert gegen den „inneren Feind", war die Losung, und gleichzeitig gutes einträgliches Einvernehmen mit dem Ausland, bis dessen Bajonette diesem Traum eines Tages ein unsanftes Ende bereiteten.

Wenn es allein auf die, den damaligen Oligarchien und Aristokratien entsprechenden Mächte der Gegenwart ankäme, wäre es heute um keinen Strich anders wie damals. Es sind aber der Gegenkräfte genügend vorhanden. Vorerst dürfte im freisinnigen Bürgertum selbst die Entscheidung liegen. Schöpferische Führung müßte diesen, nach dem Landesstreik vom November 1918 einsetzenden und nunmehr zehn Jahre andauernden „Stellungs"-Kampf und „Abnützungs"-Krieg endlich abbrechen, das Heer nach Hause rufen und einen neuen, ins Große und aufs Ganze gehenden Plan für die Zukunft entwerfen. Warten wir ab!

Aarau, den 1. November 1928.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Elsässische Entwicklung.

Am 24. Oktober trat in Kolmar der neue Generalrat des Oberelsasses, also die gewählte Vertretung des Departements Oberrhein, zu seiner ersten Sitzung zusammen. In dieser bisher auf alle Regierungswünsche so lammfromm eingehenden Versammlung ging es diesmal sehr lebhaft her. Die Wahl einer ganzen Reihe von Autonomisten brachte das fertig. Der oberelsässische Präfekt

Susini, der im letzten Winter von Poincaré als starker Mann zur Vernichtung des Autonomismus nach Kolmar geschickt worden war, saß diesmal bös in der Klemme. Seine Amtstätigkeit wurde scharf unter die Lupe genommen. Dafür mag folgender Vorfall, den wir dem „Elsässer Kurier" entnehmen, als Beispiel dienen:

Der autonomistische Abgeordnete Ricklin ruft dem Präfekten zu: „Herr Präfekt, ich klage Sie an, Sie haben das gesetzwidrige Vorgehen des Wahlbureaus von Dammerkirch angestiftet."

Präfekt Susini antwortet: „Ich bin niemand Verantwortung schuldig, als der Regierung und meinem Gewissen."

Zwischenruf des bekannten katholischen Führers Abbé Dr. Haegy: „Und wir sind hier, um Ihnen das Gewissen zu erforschen!"

Allgemeine Heiterkeit!

Man darf ja im übrigen die Vorgänge in Kolmar als bekannt voraussetzen, da alle Zeitungen darüber berichtet haben. Es handelte sich kurz gesagt darum, daß der Präfekt Susini die beiden im Kolmarer Prozeß verurteilten autonomistischen Abgeordneten Ricklin und Rossé nicht an der Sitzung teilnehmen lassen wollte, trotzdem beide mit großem Mehr in den Generalrat gewählt worden waren. Er ging dabei nur nach den Weisungen des Innenministers vor. Es kam aber darüber mit den Autonomisten und überhaupt den Katholiken zu sehr erregten Szenen. Schließlich drohten die Freunde der beiden Abgeordneten mit ihrem Rücktritt. Das Schreckgespenst neuer Wahlen veranlaßte darauf ein sofortiges Nachgeben des Präfekten. Die beiden Autonomisten durften in den Sitzungssaal einziehen, aber nur mit beratender Stimme. Trotzdem wurden sie auch in die verschiedenen Kommissionen gewählt. Kann man sich ein ärgeres Narrenspiel vorstellen und eine kläglichere Haltung von Behörden? Man versucht es zuerst mit kleinen Schikanen, die zudem gesetzwidrig sind, man kriecht dann aber vor dem Widerstand eilfertig zurück. Ein ähnlicher Zwischenfall trug sich auch im Generalrat von Lothringen in Metz zu. Dort ließ man den mit großer Mehrheit gewählten Autonomisten Antoni von Pfalzburg nicht an der Sitzung teilnehmen, unter dem fadenscheinigen Vorwand, daß das Wahlbureau ihn nicht als gewählt proklamiert habe. Im Generalrat des Unterelsasses in Straßburg schließlich brachten die Autonomisten derartige Anträge ein, daß der Präfekt mit der Auflösung drohte!

Man kann sich aus diesen Vorfällen ungefähr ein Bild davon machen, welch unangenehme Lage heute für die französischen Behörden in den Generalräten Elsaß-Lothringens besteht. Man wird nach diesen Beispielen aber auch eine Ahnung davon haben, mit welchen ebenso lächerlichen wie unzureichenden Mitteln der französische Zentralismus und Nationalismus den Kampf gegen die Autonomisten führt. Nach der mächtigen Kundgebung der breiten Volksmassen in den Kammerwahlen vom letzten Frühjahr und nach dem jämmerlichen Ausgang des großen Kolmarer Prozesses schien es eine Zeit lang, als ob Poincaré selbst nun die Lage begriffen hätte. Man konnte deshalb von ihm Maßregeln erwarten, die den berechtigten Klagen des elsässischen Volkes Rechnung tragen und so den Weg zu einer Besserung der politischen Lage im ehemaligen Reichsland hätten öffnen können. Ein Schritt in dieser Richtung hätte bereits die Begnadigung der Verurteilten des Kolmarer Prozesses sein können. Aber schon damals zeigte es sich, daß man sich in Paris mit halben Maßregeln begnügen wollte. Man konnte sich von der nun einmal eingeschlagenen Taktik der behördlichen Schikanen nicht frei machen. Man ließ den staatlichen Apparat nach wie vor ruhig mit allen Mitteln gegen die Autonomisten weiterarbeiten, mit Mitteln, die vielfach mit unsern Begriffen von Recht und Gesetz in krassem Widerspruch stehen. Man ließ die Gültigkeit der Mandate der beiden autonomistischen Abgeordneten einfach in der Schwebe. Man maßregelte Lehrer wegen autonomistischer Gesinnung oder Betätigung. Man verbot durch die Präfekten oder die Ortsbehörden autonomistische Versammlungen. Man ließ durch die ergebene Presse im Elsaß wie in Paris fortwährend einen scharfen Feldzug gegen die Autonomisten führen. Man machte das Erscheinen autonomistischer Blätter un-

möglich oder erschwerte es wenigstens nach Kräften. Man ließ auch nach wie vor die Gerichte ihre merkwürdige Rechtsprechung fortsetzen. All das stellt eine ununterbrochene Kette von kleinen und kleinlichsten Maßnahmen dar, die natürlich wirkungslos sein mußten. Dafür wurden durch diese Vorfälle die Massen immer wieder von neuem gereizt und an die schon lange bekämpften und verurteilten Mißstände im Lande erinnert.

Dabei kann man auch in den großen grundsätzlichen und praktischen Fragen, die in Elsaß-Lothringen umkämpft sind, eine ganz ähnliche Haltung der Pariser Stellen beobachten. Man hat dem Deutschunterricht in den Schulen ein paar Stunden mehr eingeräumt; man denkt aber nicht daran, die Forderung nach der Einsetzung des Deutschen als erste Unterrichtssprache für die untersten Klassen zu erfüllen. Man hat von Paris aus versprochen, der deutschen Sprache in Gericht und Verwaltung bessere Beachtung zu verschaffen; man setzt aber trotzdem des Deutschen völlig unkundige, dem Lande durchaus fremde innerfranzösische Beamte in die wichtigsten Posten in Elsaß-Lothringen. Man hat den Beamten kleine finanzielle Vorteile zugestanden, ohne die Gesamtheit ihrer Klagen irgendwie zu berücksichtigen. Kurz, man setzt die alte zentralistische und nationalistische Regierungsmethode in Elsaß-Lothringen sozusagen unverändert weiter fort.

Daß eine solche Haltung die autonomistische Bewegung immer von neuem fördern und anspornen mußte und muß, ist klar. Man kann dabei im Zweifel sein, ob mehr die Unnachgiebigkeit in den großen Grundfragen oder die Politik der Nadelstiche an der Schürung der Mißstimmung schuldig ist. Die kleinen Sticheleien liefern den breiten Massen auf jeden Fall gut verständliche Beispiele und die allgemeine Haltung in den umkämpften Fragen muß ebenso aufreizend auf die Führerschicht wirken. So liegt es auf der Hand, daß der Autonomismus bei solchen Zuständen blühen muß.

Den Beweis dafür hat der Wahlgang für die Hälfte der Generalratssitze gebracht. Man sah dem Urteil der Wählermassen Elsaß-Lothringens in den französischen Kreisen mit sehr wenig Vertrauen entgegen. Man suchte deshalb von Paris aus von vornherein die Bedeutung des Wahlganges als gering hinzustellen. Man darf ja auch sicherlich nicht verkennen, daß die Bedeutung der Generalratswahlen in Frankreich nicht allzu groß ist. Das kommt von der geringen Bedeutung der Generalräte überhaupt her, denen der französische Zentralismus nur sehr wenige Befugnisse überlassen hat. Diese gewählten Vertretungen der Departemente haben nur über wirtschaftliche und kulturelle Fragen zu beraten und zu beschließen; sie verfügen auch nur über verhältnismäßig geringe Mittel. Außerdem sind die Wahlkreise für die Generalratswahlen so klein, daß bei der Bestellung des einen Vertreters sehr viele lokalpolitische und persönliche Erwägungen mitspielen. Und schließlich erfolgt auf einmal nur die Besetzung der Hälfte der Sitze, sodaß allzu große Veränderungen kaum eintreten können. All das vermindert die Bedeutung der Generalratswahlen. Trotzdem wird man nicht übersehen dürfen, daß auch die Generalräte politische Bedeutung gewonnen haben. Sie setzen sich aus den gleichen politischen Gruppen zusammen wie die Kammern. In ihnen sitzen die meisten im Parlamente maßgebenden Politiker ebenfalls. An ihrer Spitze stehen überall bekannte Persönlichkeiten des politischen Lebens. Diese benutzen ihr Amt regelmäßig auch zu beachteten Kundgebungen; ich verweise da nur auf die Rolle Poincarés selbst als Generalratspräsident. Weiter hat sich mehr und mehr die Gewohnheit eingebürgert, daß die Generalräte ganz allgemein auch zu den politischen Angelegenheiten Stellung nehmen. So sind denn heute die Generalratswahlen in Frankreich auch politische Wahlen, die als Barometer der Volksstimmung gewertet werden. Nur ist das Ergebnis nicht so bedeutsam und auch nicht so klar wie bei den Parlamentswahlen.

Ganz abgesehen von diesen allgemeinen Erwägungen muß jedoch jeder Wahlgang in Elsaß-Lothringen heute besondere Beachtung verdienen. Wie jede andere Äußerung des öffentlichen Lebens dient er vor allem zur Stellungnahme in der einen großen Frage des Landes, in der Frage der Autonomie. Die angesammelte Mißstimmung entlädt sich bei jeder von oben nicht oder nur schwer

zu beeinflussenden Wahl. Das wußte man in den französischen Kreisen wohl. Man hat deshalb von der Seite der Behörden alles aufgeboten, um eine solche Kundgebung einzuschränken, wenn man sie nicht schon unmöglich machen konnte. Die gesamte der Regierung zur Verfügung stehende Presse hat einhellig die Losung ausgegeben: Gegen die schlechten Franzosen! Man brachte überall die nationale Einheitsfront gegen die Autonomisten zustande. Nationalistische Katholiken, die durchweg nationalistisch eingestellten Demokraten, die Reste der Radikalen, schließlich die Sozialisten gingen alle Hand in Hand, um die Wahl von Autonomisten unmöglich zu machen. Man hat jedenfalls bei den Behörden und bei den national-französisch eingestellten Kreisen nichts unterlassen, um die Autonomisten niederzuringen.

Welches ist nun das Ergebnis? Es sei hier zuerst noch einmal darauf hingewiesen, daß bei den Generalratswahlen natürlich in den beinahe vier Dutzend Wahlkreisen Elsaß-Lothringens örtliche und persönliche Erwägungen ebenfalls eine große Rolle gespielt haben. So kann das Wahlergebnis nicht einheitlich sein. Aber trotzdem ist es unverkennbar nach seiner Richtung und seiner ganzen Bedeutung. Es ist ein unbestreitbarer großer Erfolg der Autonomisten. Da muß man vor allem einmal feststellen, daß wesentliche Teile des autonomistischen Programmes von allen Richtungen und allen Wahlbewerbern offen oder stillschweigend anerkannt worden sind. Die Berücksichtigung der deutschen Sprache und der Landesart, die Gewährung einer gewissen Selbstverwaltung wurde eigentlich von keiner Seite bestritten. Nur über das Ausmaß gingen die Meinungen auseinander. Diese Tatsache ist für die Erkenntnis der Grundstimmung der Volksmassen ausschlaggebend. Darüber hinaus aber ließ der Wahlausgang in zahlreichen Kantonen erkennen, daß die Bevölkerung für die weitgehenden Forderungen der wirklichen Autonomisten gewonnen ist. Fast in allen Wahlkreisen traten sich autonomistische und regierungsfreundliche Bewerber entgegen. Der Ausgang des Wahlkampfes hat dann gezeigt, daß die Autonomisten in der Volksgunst obenaus schwangen. Die autonomistenfeindlichen Parteien der Sozialisten und Radikalen sind gänzlich unter die Räder gekommen. Selbst der sozialistische Bürgermeister von Straßburg, der seit 25 Jahren Generalrat seiner Stadt ist, mußte weichen. Die Demokraten sind ebenfalls nicht gut weggekommen, trotzdem sie wegen ihrer Zusammensetzung aus den führenden Kreisen der Industrie, der Banken u. s. w. über große Geldmittel und starken Einfluß verfügen. Innerhalb der katholischen Partei kam es vielfach zum Kampf zwischen autonomistenfreundlichen und autonomistenfeindlichen Bewerbern. In einer großen Reihe von Fällen hat dabei der Autonomist obenaus geschwungen. So sind die Abgeordneten Brogly, Ricklin und Rossé gewählt worden. Die offen autonomistischen Parteien schließlich haben ebenfalls gut abgeschnitten. Die Kommunisten haben in Straßburg ihren ersten Vertreter in Elsaß-Lothringen durchgebracht, den frühern Abgeordneten Hueber. Die neu entstandene liberale Fortschrittspartei hat zwei Vertreter erhalten. Die rein autonomistische Landespartei schließlich vermochte drei Sitze zu besetzen. Insgesamt sind so in die beiden elsässischen Generalräte beinahe die Hälfte autonomistenfreundliche Vertreter eingezogen. Auch der Generalrat von Lothringen hat eine autonomistische Beimischung erhalten. Besonders schlimm vom Pariser Standpunkte aus muß dabei die Tatsache erscheinen, daß unter den gewählten Autonomisten verschiedene Angeklagte und sogar Verurteilte des Kolmarer Prozesses sich befinden.

Nun stehen die französischen Behörden in Elsaß-Lothringen vor folgender Lage: Sie haben es jetzt nicht nur mehr mit einer unzufriedenen, aber unorganisierten Masse zu tun, deren Wortführer und Presse man einfach mit Gewalt mundtot machen kann. Sie stehen jetzt der großen und äußerst einflußreichen katholischen Partei gegenüber, die mehr und mehr offen für den autonomistischen Gedanken Partei ergreift. Sie stehen ferner den verschiedenen rein autonomistischen Parteien gegenüber, die sich allmählich fester organisieren und auch wieder gewisse Sprachrohre erhalten. In den Generalräten und ebenso in den Kreistagen sehen sie sich einer mehr oder weniger starken autonomistischen Gruppe gegenüber, die auch in Zukunft auf Zuwachs rechnen darf. In den

Verhandlungen der drei Generalräte werden in Zukunft die Klagen der Bevölkerung und die autonomistischen Begehren immer wieder erschallen und im Lande ihren Widerhall finden. Und schließlich werden auch die verschiedenen autonomistischen Abgeordneten im Parlament sich in ähnlicher Weise Gehör verschaffen. Allerdings wird der Widerhall in Paris für sie kein günstiger sein; umso mehr aber wird ihr Verhalten von der internationalen Öffentlichkeit beobachtet werden. Dabei ist auch zu erwarten, daß die elsaß-lothringische Abordnung im Senat allmählich ihr Gesicht ändern wird. In kurzem wird schon der verstorbene nationalistische Vertreter Lazar Weiler durch den Grafen Andlau ersetzt werden, der sich offen für die Vertretung der autonomistischen Wünsche verpflichtet hat. Ganz gleich wird es im Falle weiterer Lücken ergehen. Das alles zusammen bedeutet für die französischen Behörden, daß sie in Zukunft unaufhörliche und steigende Schwierigkeiten antreffen werden, wenn sie den bisherigen Kurs weiter verfolgen.

Wie stellt man sich angesichts dieser Lage nun aber in Paris ein? Man ist dort einstweilen vollkommen fassungslos. Man kann gar nicht begreifen, daß die dickköpfigen Elsässer sich nicht beruhigen, trotzdem man ihnen nach bewährter Art einige Scheinzugeständnisse gemacht hat und mit guten Worten und Versprechungen gar nicht spart. Bereits ruft denn auch ein Teil der Presse wieder nach der starken Hand, da die Politik der Zugeständnisse versagt habe. Besonders bezeichnend ist es dabei, daß sich bei diesem Geschrei auch die Linkspresse beteiligt, die so einmal mehr ihre innere Grundsatzlosigkeit und die völlige Wertlosigkeit ihrer freiheitlichen Schlagworte nachweist. Ob es die Regierung allerdings noch einmal mit der Gewaltpolitik versuchen wird, nachdem sie damit bereits einen so niederschmetternden Mißerfolg erlitten hat, steht dahin. Man darf wirklich gespannt darauf sein, welchen Ausweg Poincaré wählen wird. Wird er zur Gewalt greifen oder durch wirkliche Zugeständnisse und Verbesserungen der Bewegung das Wasser abzugraben suchen oder wird er mit der bisherigen Politik halber Zugeständnisse und endloser Schikanen weiterfahren?

Aarau, den 30. Oktober 1928.

Hektor Ammann.

Frankreichs politische Schwenkung.

Wollte man aus der bunten und oft widerspruchsvollen Mannigfaltigkeit der Erscheinungen das Grundgesetz der gegenwärtigen Politik Frankreichs herausheben, so würde man auf ein ziemlich neues, noch nicht völlig ausgereiftes und durchgebildetes System stoßen, dessen wesentlicher Punkt durch die wachsende Erkenntnis bedingt ist: Daß es für Frankreich in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, die politischen Gegensätze zu Italien auszugleichen oder auch nur abzuschwächen. In Zusammenhang mit dieser geschichtlich neuen Einstellung gebracht, verlieren die Tendenzen und Handlungen des Quai d'Orsay den Charakter der reinen Improvisation, der ihnen seit etwa Jahresfrist nicht selten anzuhaften schien; sie ergeben sich dann, mathematisch gesprochen, als „funktionelle Werte", die man nur an einer Konstanten messen darf.

Es ist hier nicht die Stelle, eine Geschichte der Beziehungen zwischen der Republik und dem faschistischen Königreich zu schreiben. Es wäre ohne Zweifel eine Chronik verpaßter Gelegenheiten, vermischt mit schlechtem Willen oder ganz einfacher Furcht: aber auch viel schicksalhaftes Erfüllen, wie immer, wenn sich das Völkerleben zum Drama zuspitzt. So viel nur sei bemerkt: Daß es mit großer Wahrscheinlichkeit möglich gewesen wäre, die sozusagen individuellen Gegensätze zwischen den beiden Mächten zu überbrücken. Das Problem Tunis hätte durch eine vernünftige Einbürgerungspolitik Frankreichs auf absehbare Zeiten gelöst werden können; im Zusammenhange damit wäre eine Flottenkonvention im Mittelmeer denkbar gewesen, und ein Statut über die italienischen Einwanderer in Frankreich, sofern nicht inzwischen der Völkerbund über diese wichtige Frage allgemeine Konventionen ausgearbeitet hätte. Die unüberwind-

liche Schwierigkeit lag auf einem ganz andern Gebiet: jenseits der Adria. Die politische Verständigung zwischen Frankreich und Italien war von dem Tage an unmöglich, wo Rom keinen Zweifel mehr an seinen Durchdringungsabsichten auf dem Balkan ließ. Mit dieser Willensbekundung pflanzte es das Messer „zwei Zentimeter vom Herzen Frankreichs"; Paris kann Belgrad, kann Südslawien nicht aufgeben, ohne seiner gesamten Nachkriegspolitik den Todesstoß zu versetzen, die Grundlage seiner europäischen Vormachtstellung zu erschüttern. Es gibt am Quai d'Orsay kein heiligeres Dogma als das der Unantastbarkeit eines Gleichgewichts, in dem man zu recht oder zu unrecht die Voraussetzung des Friedens selber erblickt; dabei wirkt allerdings, unbewußt vielleicht, das alte Gesetz französischer Diplomatie mit, nie ein Bündnis mit einem gleichmächtigen Nachbar einzugehen, er sei denn durch ein Meer oder doch wenigstens durch einen breiten Kanal geschieden...

Es ist ein Lieblingstraum der französischen Linken gewesen, auf dem europäischen Festland eine Art „horizontalen Block" zu schaffen, dessen Stoßkraft sich bald bis nach Moskau erstreckt hätte. Er scheiterte an der innern Entwicklung Frankreichs, nicht minder aber auch an der Unmöglichkeit für das entwaffnete Deutschland, aktive Politik gegen eine europäische Großmacht zu betreiben, von der es nicht einmal wesentliche Gegensätze trennen. Von diesem Augenblicke an hatte Locarno seinen rein gefühlsmäßigen Inhalt verloren; der berühmte, gleichnamige „Geist" verhüllte bis auf weiteres sein Haupt, und es blieb ein diplomatisches Instrument, nicht besser und nicht schlechter als so viele andere, mit dessen Hilfe man leidlich auszukommen vermag: was es sonst noch zwischen Deutschland und Frankreich gibt, läßt sich hoffentlich rein verstandesmäßig und kühlen Herzens lösen; Haß und Liebe müssen sich gleichermaßen neutral verhalten. Als nun die europäische Politik an diesem Punkte ihrer Entwicklung angelangt war — man kann ihn ungefähr in den Vorfrühling dieses Jahres verlegen —, da erlaubte sich die Geschichte einen jener Bocksprünge, wie sie in allen Zeiten als „Ironie des Weltgeschehens" bekannt waren. Es war während einer entscheidenden Sitzung der Kommission für Abrüstung in Genf, wo nach ergebnisloser Debatte der Vertreter der Vereinigten Staaten den Vorschlag machte: England und Frankreich sollten sich erst unter sich über die zwischen ihnen strittigen Punkte einigen. Still und nachdenklich reisten die Franzosen heim: es mochte ihnen scheinen, das Schicksal selber habe gesprochen. Es kam zu langwierigen Verhandlungen und Besprechungen zwischen den Parteien der „Union Nationale" wie im Schoße des Kabinetts Poincaré; die großen Botschafter der Republik sprachen nacheinander in Paris vor, die vorsichtigen Fühler nach London hin verdichteten sich zu festeren Gebilden, und eines Morgens wurde die Welt durch die Ankündigung eines „Flottenkompromisses" überrascht, hinter dem nur ganz Naive eine rein technische Abmachung, wie sie Gibson im Auge hatte, vermuten konnten. Zum ersten Mal seit den Tagen La Fayettes, der unter dem Jubel von ganz Frankreich mit seinen Freischaren die amerikanische Republik aus der Blutstaufe hob, betrat die französische Diplomatie Wege, die nicht nach Washington führten. Eine leise, angstvolle Opposition nur — wer genau hinhorchte, konnte sie etwa bei Stéphane Lauzanne im „Matin" entdecken. Sonst aber blieb alles still, und sogar die äußerste Rechte, Cotypresse und „Echo de Paris", wandte sich mit den schärfsten Worten gegen Italien, hinter dem man in Wirklichkeit die Vereinigten Staaten selber zu treffen wußte. Nach und nach wurde der Einsatz immer höher: nicht nur die kleinen Schiffseinheiten, deren Begrenzung oder Nichtbegrenzung stehen heute in Frage, sondern das Abkommen von Washington selber und die dort festgesetzten Verhältniszifern für die „capital ships". Die Franzosen sprechen es offen aus, sie seien damals überrumpelt worden; durch einen Zufall, den es selber nicht zu erhoffen wagte, habe Italien die gleiche Ziffer mit Frankreich zugestanden erhalten. Eine solche Lage der Dinge sei einfach unhaltbar, da Italien seine Gesamtflotte jederzeit im Mittelmeer vereinigen könne, während Frankreich seine Einheiten zum Schutz der Kolonien und der Verbindungen mit dem Mutterland auf drei oder vier Meere verteilen

müsse. Der gegenwärtige Zustand bedeute daher im Ernstfall die Abschneidung der lebenswichtigen nordafrikanischen Besitzungen von Frankreich, dessen Existenz selber auf diese Weise bedroht sei. — Eine solche Logik ist an sich unanfechtbar; doch kann Rom jederzeit erwidern, daß Frankreich durch seine Gesamtpolitik dafür Sorge trage, daß es in eben dem angeführten Falle im Mittelmeer nicht allein sein wird, während Italiens natürlicher Bundesgenosse weit, sehr weit vom Schusse ist... Welchen Gang auch die Entwicklung der nächsten Monate auf diesem Gebiete nehmen wird, eine Tatsache scheint sicher zu sein: Daß auf absehbare Zeiten nicht an eine wirkliche Begrenzung oder gar Abrüstung der Streitkräfte zur See gedacht werden kann. Keinem andern als dem politischen Direktor am Quai d'Orsay, Philippe Berthelot, entschlüpfte das furchtbare Wort: daß einem neuen maritimen Wettrüsten nunmehr Tür und Tor geöffnet sei. Denn die beiden Methoden haben gleichermaßen zu einem völligen Bankrott geführt: Die der Einzelabkommen, und die der internationalen Kongresse. Nie noch hat es die Welt erlebt, daß nach einer so feierlich verkündeten Ächtung des Krieges so fieberhaft an den Werkzeugen des Krieges gearbeitet wurde. Allerdings muß gesagt werden: Die „Vedettenrolle" kommt dabei den Festlandsmächten Frankreich und Italien nicht zu: sie stellen bloß die Sekundanten dar.

In diese weltgeschichtlichen Ereignisse und Tatsachen hinein verweben sich gewisse Vorgänge in der französischen Innenpolitik, die wegen ihres hemmenden oder fördernden Charakters hier nicht stillschweigend übergangen werden dürfen. Handelt es sich doch um die Existenz des Kabinetts Poincaré selber, um das Janusgesicht der Kammer, das die trotz allem zwiespältige Lage Frankreichs in seiner Rätselhaftigkeit getreu widerspiegelt. Ein unvorsichtiger Leitartikel des offiziösen „Temps" sprach in dürren Worten aus, was Eingeweihte längst wußten: daß nämlich die „unionistische" Regierung Poincaré-Sarraut ihr Dasein auf einen konservativen Wahlsieg in England gesetzt hat. Hier befindet sich der schwache Punkt der neuen französischen Politik: sie verbindet in erster Linie Parteien und begibt sich in gewollte Abhängigkeit zum Hazardspiel einer Volksbefragung. Mit scharfem Blick hat die Opposition in Frankreich sowohl wie auch in England diese Achillesferse erkannt; der Labour-Parteitag in Birmingham ließ darüber keinen Zweifel, und wer eine Bestätigung will, dem wird sie mit aller Wahrscheinlichkeit Anfang November im Verlaufe des radikal-sozialistischen Kongresses in Angers gegeben werden. Der Streit um die Artikel 70 und 71 des französischen Staatshaushalts mag in der Ferne als eine ergötzliche Komödie erscheinen: es handelt sich bekanntlich bei dem ersten um die Rückgabe des noch nicht anderweitig verwerteten Kirchenguts an die Diözesanverbände, bei dem zweiten um die Niederlassungsgenehmigung für ausgewiesene Missionsorden. Seit Monaten ist das Budget verteilt, Minister und Ausschüsse haben darüber beraten — da entdeckt man plötzlich die beiden Unglücksartikel, von denen kein Mensch etwas wissen will. Es ist die reinste Gaukelei. Der Hut war vorher leer — da fliegen auf einmal zwei Tauben heraus. Die gesamte Linke gerät in Aufruhr. Wer ist der Schuldige? Wer hat sich ein solch frevelhaftes Spiel erlaubt? Poincaré? Marin? Oder gar Briand?

Eine lustige Komödie: aber nur von Außen her besehen. Das Wesen der Sache trägt ein ganz anderes Gesicht. Nicht nur der poincaristische und konservative „Temps": Auch die sozialistische und radikale Linke hat ihre Augen auf England gerichtet. Die tragische Satire der Genfer Abrüstungsdebatten hat in Frankreich ohne Zweifel Manchem die Augen geöffnet. Die englisch-französische Geheimdiplomatie und deren verhängnisvolle Folgen, wie sie von einem Wissenden, Philippe Berthelot selber, in der angegebenen Weise gekennzeichnet worden sind, rufen Befürchtungen wach, die man nicht einmal auszusprechen wagt. Es ist eine völlige Wiederkehr zu den alten, überlebten Methoden des europäischen Gleichgewichts — ja schlimmer noch: ein politisches Doppelspiel sowohl dem Kontinent wie auch Amerika gegenüber. Auf dem Kontinent: Ist nach der Erneuerung der „Entente" England noch in der Lage, das ihm durch das Ab-

kommen von Locarno zugewiesene Schiedsrichteramt zwischen Deutschland und Frankreich auszuüben? Mit welchen Mitteln könnte es gegen das verbündete Frankreich einschreiten, wenn dieses die entmilitarisierte Rheinzone verletzte? Und lag es nicht in der Absicht gewisser französischer Unterhändler — das Flottenkompromiß ist nach dem Zeugnis des bestunterrichteten Henry de Jouvenel (Revue de Paris, 15. Oktober) nicht am Quai d'Orsay, sondern im Marineministerium ausgearbeitet und dem Auswärtigen Amt bloß zur Unterschrift vorgelegt worden —, das ihnen unbequeme Instrument von Locarno in seiner gegen Frankreich gerichteten Spitze umzubiegen? — Was nun die Vereinigten Staaten angeht, so wußten die gleichen Stellen sehr wohl, daß das Abkommen für sie unannehmbar war; die dadurch hervorgerufene Stimmung konnte der anderweitig beabsichtigten Mobilisierung der Dawesobligationen, die natürlich nur mit amerikanischer Hilfe bewerkstelligt werden kann, nicht günstig sein; indem die französische Diplomatie gegen Wind und Wetter an einer tatsächlichen und logischen Verbindung der Rheinlandräumung mit den Reparationsschulden festhält, gelangt sie in den Verdacht, die Räumung zu sabotieren oder ad calendas graecas hinausschieben zu wollen. Diese ungeheure Gefahr scheint nun teilweise wenigstens von den Führern der Oppositionsparteien in Frankreich begriffen worden zu sein; beängstigend genug ist ja schon für sich allein die Tatsache, daß die Regierung Poincaré ihre Unterschrift zu der Haager Fakultativklausel nicht erneuert hat und dadurch deutlich zu erkennen gibt, daß es von dem Herriot'schen obligatorischen Schiedsgericht nicht allzuviel wissen will: vielleicht fühlt es sich schon heute gewissen Staaten gegenüber so gebunden, daß eine objektive Gerechtigkeit nicht mehr möglich ist.

Aus dieser „Sackgasse des Friedens" scheint es jetzt nur mehr einen einzigen Ausweg zu geben: Einen überwältigenden Sieg der Arbeiterpartei in England. Es ist deshalb auch wenig wahrscheinlich, daß die schwebenden Fragen der Weltpolitik, Räumung, Reparationen, Rüstungsbeschränkung, bis Mitte 1929 wesentlich gefördert werden.

Paris, im Oktober 1928.

A. Pütz.

Bücher-Rundschau

Weltgesicht.

Walter Bloem: „Weltgesicht". Grethlein & Co., Leipzig-Zürich.

Walter Bloem, den Besinger militärischen Glanzes im Deutschen Kaiserreich auf einer Reise um die Welt der Nachkriegszeit zu begleiten, bietet seine eigenen Reize. Doch greift sein „Weltgesicht" an Gehalt und Bedeutung weit über den Rahmen eines Reisebuches im gewohnten Sinne hinaus. Bloem gibt keine Reiseeindrücke und Reiseerlebnisse im landläufigen Sinn; er gibt wesentlich mehr, und der Untertitel: „Ein Buch von heutiger und kommender Menschheit", ist wirklich kaum zu hoch gegriffen. Über Sowjetrußland, Sibirien und die Mandschurei ging die Fahrt nach China, Japan und über den Stillen Ozean nach den Vereinigten Staaten. Welche Fülle an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen weist doch diese Namenreihe auf! Bloem weiß sie meisterlich zu gestalten. Ob er spricht vom „weltanschaulichen Experiment" des Bolschewismus in Rußland und staunt „über die unerschöpfliche Zeugungskraft dieses Bodens, den unversieglichen Lebensmut dieser Menschenmillionen", mit feiner Hand die Sonde ansetzt an der „verkappten Oligarchie" des Rätesystems und hineinleuchtet in die Tiefen russischer Massenpsychologie, ob er mit einer Ergriffenheit sondergleichen die Kräfte bloßlegt, die im bürgerkrieg-durchwühlten China eine neue Welt gebären, stets weiß er zu packen und zu fesseln. Wir gestehen, noch selten